

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erstmalig nach dem Wilsdruff und Umgegend...
Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff.



Inhalt: Nr. 111, Sonntag den 13. Mai 1922...
Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käpff.

Ersteinstellung

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käpff, für den Inserenten: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 111

Sonntag den 13. Mai 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die bisher im Grundbuche nicht eingetragenen Begehrstücke des Flurbuchs für Rothschönberg Nr. 69, 70 (Weg nach Rottewig), Nr. 218 (Weg nach Burkhardswalde), Nr. 219 (Weg nach Berne), Nr. 221 (Weg nach der Wilsdruffer Chaussee), Nr. 224 (Weg von Reulichen nach Deutschborn), Nr. 226, 227 (Weg nach Eigersdorf), Nr. 228 (Weg nach Deutschborn (Fuhweg)), Nr. 229 und 230 (Weg nach Mahlsdorf) sollen zum Rittergute Rothschönberg, Blatt 658 des Dresdner Lehnhofgrundbuchs, hinzugeschlagen werden.

Alle diejenigen, die das Eigentum an diesen Flurstücken, eine Beschränkung des

Eigentums in der Verfügung über dieselben, ein Vorkaufrecht oder ein nicht in einer Grunddienstbarkeit bestehendes Recht an genannten Flurstücken in Anspruch nehmen, werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte binnen drei Monaten und spätestens bis zur Hinzuschlagung bei dem unterzeichneten Grundbuchamte anzumelden, widrigenfalls sie nach der Hinzuschlagung den öffentlichen Glauben des Grundbuchs gegen sich gelten zu lassen haben.

14 G Reg. 349/22, Amtsgericht Dresden-Kreis., Abt. IX als Lehnhof, am 30. April 1922.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die der Reparationskommission überreichte neue deutsche Note bleibt bei der Verweigerung der 60 Milliarden neuer Steuern und regt Verhandlungen über eine auswärtige Anleihe an.
- Die Antwort der Russen auf das Memorandum der Alliierten wurde im Genoa übergeben. Sie scheint als Basis weiterer Beratungen geeignet zu sein.
- Der englische Schatzkanzler Horne sprach über die Notwendigkeit der Regelung der internationalen Schulden und der endgültigen Festlegung der von Deutschland zu zahlenden Reparationssumme.
- Die Verhandlungen im Ruhrgebiet haben zu einer vorläufigen Einigung geführt, die noch der Bestätigung durch die Bergarbeiterorganisationen bedarf.
- Die Übergabe des oberschlesischen Abstammungsgebietes wird Ende Juni beginnen und etappenweise in etwa 14 Tagen durchgeführt werden.

Der Weg zur Verständigung.

Die deutsche Regierung hat soeben in einer Note an die Reparationskommission auf die letzten Forderungen dieses Ausschusses geantwortet, die uns am 13. April zugingen und die im wesentlichen an den Forderungen der Alliierten vom 21. März festhielten, in denen von der Bewilligung von 60 Milliarden neuer Steuern bis zum 31. Mai und von einer Finanzkontrolle die Rede war. Die lange Frist, die der deutschen Antwort voranging, ist nicht unangenehm geblieben. Man war sich bei uns darüber klar, daß der 31. Mai eine Katastrophe bringen müßte, wenn man nicht vorher zu einer Verständigung gelangte, da die gegnerischen Forderungen ein für allemal unannehmbar waren. Die Verhandlungen in Paris sind in der Stille rasch gefördert worden, und die jetzt vorliegende Note stellt eigentlich nur ein für die Öffentlichkeit bestimmtes diplomatisches Vorbild zu den Hauptverhandlungen dar, die Minister Hermes nun selbst in Paris mit dem Ziel einer Neuregelung unserer Zahlungen und einer Anleihe führen wird.

Auch in Frankreich hat in letzter Zeit die Stimme derer an Kraft verloren, die nicht laut genug nach Sanktionen rufen konnten und die alles, was möglich war, dazu beizutragen, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten zu einem offenen Konflikt zu treiben. Die Note der Reichsregierung knüpft an die Bereitwilligkeitserklärung der Reparationskommission an, die deutschen Vorschläge zu prüfen. Dieses war das einzige Türchen, das für Verhandlungen offen blieb. Praktische Vorschläge können indessen nicht in anderer Hinsicht gemacht werden, als Deutschland sie schon immerzu vergeblich verkündet hat. Zur Deduktion des außerordentlichen Etats ist eine äußere Anleihe unvermeidlich. Die Regierung betont in diesem Augenblick diese Notwendigkeit nochmals sehr deutlich, und überdies ist Frankreich in der Zwangslage, daß es das Geld haben muß, das Deutschland durch die stärksten Druck nicht von seinen eigenen Einnahmen hingeben kann. Es gibt daher keinen anderen Ausweg als die Anleihen, und man fängt auch in Frankreich an, einzusehen, daß mit einer Befreiung des Ruhrgebietes nichts erreicht werden kann.

Auf Grund der vorangegangenen Besprechungen scheint es auch, als ob die deutsche Note, obwohl sie sachlich nichts anderes ist als jene erste deutsche Antwort, die Poincaré zum Überschäumen brachte, in Paris gefälliger aufgenommen und voraussetzungslos mit einer Einladung zu mündlichen Verhandlungen beantwortet werden wird. Deutschland geht in seinen Zugeständnissen soweit wie irgend möglich. Es gibt sogar die Versicherung, daß es seinen inneren Etat ohne Vermehrung des Notenumlaufs zu balancieren bereit ist. Man hofft dabei auf vermehrte Einnahmen gegenüber der schon jetzt deutlich hervor tretenden Erhöhung der Ausgaben durch die Besetzungszulage. Wenn trotzdem Zweifel an einer solchen Möglichkeit bestehen bleiben, so trifft die Schuld nicht die deutsche Regierung, die durchaus gutgläubig handelt, aber gegen künftige Geldentwertung letzten Endes selbst machtlos ist. Gegenüber der Forderung nach 60 Milliarden neuer Steuern wird ein eingehender Plan in Aussicht gestellt, der noch vor dem 31. Mai übergeben werden soll, und der das Ziel verfolgt, den Ansprüchen der Entente, wenn auch in anderer Weise, gerecht zu werden. Obwohl die direkte Finanzkontrolle abgelehnt wird, verpflichtet die neue Note, der Reparationskommission alle gewünschten Auskünfte zu geben, wie überhaupt in finanzieller Hinsicht mit ihr zusammen zu arbeiten. Die deutsche Regierung kann hoffen, daß dieses der Gegenseite genügen wird. Es ist auch nicht

anzunehmen, daß Wetterungen eintreten werden, die nur auf Höflichkeit bei der Auslegung beruhen könnten.

Nicht nur in großen Umrissen wird eine Erfüllung der übrigen Bedingungen vom 21. März zugesagt, soweit sie erfüllbar sind. Deutschland kann, da der Reichskanzler mit einem Teil des Kabinetts in Genoa weilte, keine ins einzelne gehenden Entscheidungen treffen, um aber auch nicht formell in Verzug zu kommen, wird die Reparationskommission um eine Hinausschiebung der Fristen ersucht, die nicht innegehalten werden können. Hier haben natürlich die französischen Militärlisten einen Anhaltspunkt, um auf eine Kompensation hinzuwirken, aber die Gesamtlage macht neue Zwischenfälle wenig wahrscheinlich. Der moralische Einfluß von Genoa macht sich immerhin schon etwas bemerkbar. Der springende Punkt bleibt natürlich die Anleihe. Daß sie notwendig ist, darüber dürfte kein Zweifel bestehen, aber man weiß nicht, ob sie im ausbrechenden Umfang zustande kommt, um einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Not darin zu erblicken. Günstigen Falles könnten die Barleistungen durch die Reparation durch eine Auslandsanleihe gedeckt werden. Auch das brauchte, wenn wir die notwendigen Anleihen erhalten wollten, eine erhebliche Summe, für die Deutschland bei der untragbaren Belastung durch den Friedensvertrag nur schwer Garantien beschaffen könnte. Für die Sachlieferungen sind neue Reibungen der Geldausbringung im Innern unabwendbar. Aber die Anleiheverhandlungen bieten immerhin eine Möglichkeit zur praktischen Ausfüllung der gesamten Reparationsfrage. Die Finanziers können sich darüber wahrscheinlich besser verständigen als die Politiker.

Die Aufnahme der Note in Paris.

Die Aufnahme der Note in Paris findet, ist im allgemeinen ruhig, abgesehen natürlich von dem Geschrei einiger Journalisten, die auch hinter diesem friedlichen Dokument eine verdrängte Fülle wittern. Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten ist zu der Auffassung gekommen, daß mit Bezug auf den Verfalltag des 31. Mai die Antwort Deutschlands derart sei, daß weitere Komplikationen vermieden werden könnten.

Ein englisches Urteil zur Schuldfrage.

Der englische Schatzkanzler Horne hielt in London eine bemerkenswerte Rede, in der er sagte: Bevor man nicht einen entgeltlichen Beschluß bezüglich des genauen Betrages erzielt, den Deutschland zahlen müsse, werde man niemals eine wirkliche Lösung der Schwierigkeiten finden, in denen man sich, soweit der europäische Handel in Betracht komme, befindet. Er glaube, daß die Hälfte der Deutschland vorgelegten Rechnungen sich aus den Schulden zusammensetze, die die Alliierten einander schulden. Wenn man sich daher mit der Reparationsfrage befassen wolle, so werde man nicht sehr weit kommen, bevor man nicht das Problem der interalliierten Schulden in Angriff nehme.

Die Russenote überreicht.

Die Genueser Konferenz geht weiter. Nach einer ganzen Reihe von Irrungen und Wirrungen ist endlich am Donnerstag Mittag in Genoa die Antwort der Russen auf das Memorandum der Alliierten nach mehreren Änderungen entgeltlich überreicht worden. Sie ist in französischer Sprache abgefaßt und besteht aus 18 Maschinenseiten. Der Inhalt wurde zunächst noch geheim gehalten. An die Übergabe der Note schloß sich eine längere Unterhaltung zwischen Tschitscherin und Schanzer. Im ganzen soll die russische Antwort nicht derart sein, daß es darum unbedeutend zu einem Bruch kommen müßte, um so mehr, als auch die Italiener eine Schwärzung in dem Sinne vollzogen haben, daß sie eine Diskussionsform, wie die Russen sie vorschlagen, nicht unbedingt ablehnen. Die Frage ist,

wie sich Frankreich dazu stellen wird.

Auf italienischer Seite fürchtet man, es bestünde nur geringe Hoffnung, daß es zu einer Verständigung zwischen Russland und der Entente kommen würde. Tschitscherin habe seine Haltung vollständig geändert und zwar wohl unter dem Einfluß von Moskauer. Er fürchte, daß man ihm vorwerfen könnte, die Sowjetfrage verraten zu haben. Barthou ist verstimmt und hatte bereits in einem Briefe an de Facta scharf gegen den neuen Aufschwung in der Russenfrage protestiert. Eigentümlich ist es, daß die Belgier, deren Haltung den Franzosen bisher als Vorwand für ihre eigene Halsstarrigkeit diente, jetzt einzulinken beginnen, nicht aber die Franzosen. Dennoch glaubt man, daß die Konferenz weitergeht, hat doch Lloyd George neuerdings das schöne Wort geprägt: Die menschlichen Freundschaften der Welt lächeln ihre Reichen in

etnem neuen Kreuzzug gegen die Tyrannen der roten Gewalt. Genoa hat die Friedensglocken erklingen lassen. Wir werden nicht ruhen, bis der Krieg zu Ende ist.

Weitere Pläne für Genoa.

Ein englisches Blatt, welches die ablehnende Haltung der Franzosen scharf geißelt, erklärt: Die Konferenz müsse noch erledigen: 1. ein Abereinkommen mit Russland, 2. die Festlegung der östlichen Grenzen, 3. den Friedenspakt. Man könne von einer Regelung oder von einem europäischen Frieden nicht sprechen, bevor nicht die Grenzen im Osten endgültig bestimmt wären. Die Erledigung dieses Programms werde vielleicht Wochen, vielleicht Monate dauern. Lloyd George beabsichtige jedoch, das Werk zu Ende zu führen.

Auszahlung der neuen Gehalts erhöhungen

Berlin, 11. Mai.

Der Hauptausschuß des Reichstages hat das Haushaltsgesetz und die darin enthaltenen neuen Gehaltserhöhungen angenommen. Danach beträgt der Teuerungszuschlag zu den Bezügen der planmäßigen und außerplanmäßigen Reichsbeamten

a) vom 1. bis 30. April 1922 zu dem Grundgehalt, den Diäten und den Ortszuschlägen, so weit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 Mark nicht übersteigen, 60 Prozent, im übrigen 30 Prozent;

b) vom 1. Mai 1922 ab zu dem Grundgehalt, den Diäten und Ortszuschlägen, so weit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 Mark nicht übersteigen, 120 Prozent, im übrigen 65 Prozent. Außerdem zu den Kinderzuschlägen 65 Prozent.

Ein Regierungsvertreter erklärte nach Annahme der Regierungsvorlage, daß nunmehr die Rassen sofort angewiesen werden, den Beamten die Erhöhungen auszusahlen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Abschluß der Oberschlesien-Verhandlungen.

Die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien ist auf Montag, den 15. Mai, festgesetzt worden. Sie erfolgt unter dem Vorhitz Calonder's in öffentlicher Sitzung. Damit wird die amtliche Tätigkeit Calonder's als Beauftragter des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage beendet sein. Die Übergabe des Abstammungsgebietes wird etappenweise erfolgen und etwa 14 Tage dauern.

Die Auslieferung des Italiener Volbrini.

Die deutsche Regierung hat das Ersuchen der italienischen Regierung nach Auslieferung des der Teilnahme an dem Bombenattentat in Mailand beschuldigten Italiener Giuseppe Volbrini am 4. Mai erfüllt. Volbrini war von den deutschen Behörden in Hagen in Westfalen im Dezember verhaftet worden. Die deutsche Regierung hat in der Auslieferungsfrage den Standpunkt eingenommen, daß Volbrini nicht eines politischen Verbrechens beschuldigt wird, da bei dem Dynamitattentat in Mailand Bomben unter anderem in Kinos geworfen und dabei auch Frauen und Kinder getötet wurden.

Deutscher Reichstag.

(207. Sitzung.)

CA. Berlin, 11. Mai

Die gestern abgedruckte zweite Lesung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums, in der nach dem Zentralrat Abgeordneten Hoepfle noch der Deutsche Reichstag sprach, der eine grundlegende Änderung der Tarifpolitik verlangte, wurde heute fortgesetzt.

Abg. Dr. Quast (D. Volksp.) bemängelte die von der Verwaltung für die Prüfung des Haushalts zur Verfügung gestellten Unterlagen und läste dann an den Leistungen der Eisenbahn eine abschlägige Kritik. Diese haben sich im letzten Jahre zwar verbessert, so bemerkte er u. a., aber ihrer eigentlichen Aufgabe, der Güterverteilung am rechten Orte und zur rechten Zeit, sind sie nicht gerecht geworden. Das gilt besonders von der Kohle. Die Personalausgaben sind abermals unverhältnismäßig hoch gestiegen. Obwohl die Kilometerzahl der deutschen Eisenbahnen sich seit 1914 erheblich vermindert hat, ist die Zahl der von der Verwaltung Beschäftigten von 740 000 auf 1 380 000 gestiegen. (Hört, hört!) Dabei sind die Leistungen gesunken.

Reichsverkehrsminister Goerner:

Von meinem Optimismus lasse ich mich nicht abbringen, sonst würde ich die Abkühlung nur noch verstärken. Ich